

8. Das sozial ausgebeutete und politisch unterdrückte internationale Proletariat hat kein Land, das es verteidigen könnte. Was die Bourgeoisie ebenso geschäftig wie gefühlvoll als „Vaterland“ anpreist, ist nur ein staatsrechtlich umgrenztes Ausbeutungsgebiet des modernen Großkapitals, ihre „Vaterlandsliebe“ die Liebe zu ihren materiellen Interessen. Die Tatsache, daß der gegenwärtige Krieg den norddeutschen Bauern nach den Euphrat und Tigris, den Türken nach der Dnie, den Kanadier nach der Lombardei und den Indier nach Flandern wirft, um dort sein „Vaterland“ zu verteidigen, diese Tatsache, vermehrt um das grotesk-tragische Schauspiel, daß gefangene Deutsche die Waffen gegen die Deutschen, gefangene Engländer, Franzosen und Italiener die Waffen gegen ihre Landsleute schärfen helfen müssen, reizt auch die letzte Hülle von der Phrase der „Vaterlandsverteidigung“. Der Proletarier, der kein Land zu verteidigen hat, kann auch kein Land verraten. Einzig seine Klasseninteressen hat er zu verteidigen; nur sie kann er verraten. Sie aber sind international und stehen im Gegensatz zum Imperialismus.

9. Alle politischen Kämpfe von historischer Bedeutung sind Massenkämpfe. Die historischen Tatsachen reden. Die Bourgeoisie eroberte die politische Macht in den blutigen Massenkämpfen der großen Revolutionen des 17., 18. und 19. Jahrhunderts, sie hat ihre nationale Konsolidation in den blutigen Massenkämpfen der sogenannten Einigungskriege vorbereitet und gesichert; sie mobilisiert ihre uniformierten Massen zum blutigen Kampf gegen den sogenannten inneren Feind, und sie legt ihre imperialistischen Interessen gegen den sogenannten äußeren Feind eben jetzt in dem blutigsten Massenkampf aller bisherigen Geschichte durch.

10. Der politischen Gewalt der imperialistischen Bourgeoisie hat das internationale Proletariat nur seine ökonomische Macht im Produktionsprozeß entgegenzustellen, und es kann jene Gewalt nur mit Hilfe dieser Macht brechen. Alle ökonomischen Kämpfe des Proletariats aber sind im Zeitalter des Imperialismus zugleich politische Kämpfe.

11. Der politische Massentreck ist die Achse der gesamten linksradikalen Taktik. Er ist kein einmaliger Akt, kein Putsch, sondern ein Prozeß von Kämpfen, in denen sich sozialistische Schulung mit dem Anwachsen der Macht und der Entwicklung der organisatorischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse vereinen. Alle anderen Kampfmethoden, Parlamentarismus, Presse-Agitation, Aufklärungsarbeit in Wort und Schrift, Organisierung usw., sind nur organische Bestandteile der Massentaktionen. Individuelle Gewaltakte gehören in das Waffenarsenal des Anarchismus und stehen

im Widerspruch zur Taktik der Massentaktionen.

12. In den politischen Massenkämpfen der Arbeiterklasse erstarkt nicht nur das Klassenbewußtsein des Proletariats, sie schweißen auch, da der Imperialismus die Arbeiterklasse international in dieselben sozialen und politischen Verhältnisse stürzt und international dieselben Kampfbedingungen schafft, das internationale Band um das Proletariat. Die Erlangung der politischen Reife erfolgt nicht in einer Vorschule zu den Massentaktionen, sondern die Massentaktionen selbst sind die Schule, in der das Proletariat seine politische Reife erst erlangt.

Wie aus dem Kapitalismus erst die ökonomischen, so entwickeln sich aus den politischen Massenkämpfen des Proletariats die sozialen Grundlagen des Sozialismus. Kapitalismus und Imperialismus haben international ökonomische, soziale und politische Verhältnisse geschaffen, die den politischen Massenkampf des internationalen Proletariats um den Sozialismus heuten. Jede Stunde zur Tagesordnung der Weltgeschichte stellen.

Vom Kampf um die Bürgerzeitung.

Eine am 18. November im Casino tagende große öffentliche Versammlung hatte den Beschluß angenommen, daß die „Bremer Bürgerzeitung“ aus den Händen der Mehrheitssozialisten in die Hände des revolutionären A- und S-Rates übergehen solle. Somit sollte dem revolutionären bremsischen Proletariat sein Eigentum zurückerstattet werden. Drei Tage vergingen nach der Versammlung. Nichts geschah. Zum Abend des dritten Tage wurde der Genosse Knief, der vor allem als Redakteur der Zeitung bei ihrer Uebernahme durch die revolutionären Arbeiter in Betracht kam, zu einer Sitzung des Aktionsausschusses der A- und S-Räte geladen, in der über die Form der Durchführung jenes Beschlusses beraten werden sollte. Der Genosse Knief lehnte es ab, an einer solchen Beratung teilzunehmen. In völliger Uebereinstimmung mit der weitest überwiegenden Mehrheit der bremsischen Arbeiterschaft erklärte er, unter keinen Umständen mehr über diese Angelegenheit zu verhandeln — und nun gar mit den Regierungssozialisten verhandeln zu können. Jede andere Haltung der Genossen hätte nicht nur den Grundsätzen der Internationalen Kommunisten, sondern auch dem revolutionären Drange der bremsischen Arbeitermassen widersprochen. Bemerkenswert ist noch, daß der Genosse Henke sich keineswegs genötigt sah, eine gleiche oder auch nur ähnliche grundsätzliche Haltung einzunehmen, vielmehr Knief nach Abgabe seiner Erklärung als „erledigt“ betrachtete. Der Wortlaut der Erklärung war folgender:

„Die Vorgänge in der öffentlichen Volksversammlung vom 18. November haben aufs Neue bewiesen, daß die bremsische Arbeiterschaft mit den Regierungssozialisten endgültig gebrochen hat. Die bremsische Arbeiterschaft, die jetzt die Durchführung ihres Willens auf eine materielle Macht stützen kann, wird daher nicht mehr auf dem Wege der Verhandlungen, sondern nur noch auf dem Wege der Diktatur mit den Regierungssozialisten verkehren können. Als Vorkämpfer der politischen reifen Teile des bremsischen Proletariats muß ich es daher ablehnen, mich mit den Regierungssozialisten wegen eines Streitgegenstandes an den Verhandlungen zu beteiligen. Deshalb kann ich die bremsische Arbeiterschaft nur auffordern, die Durchführung ihres Willens in jedem einzelnen Falle mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln der Diktatur zu erzwingen.“

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

3. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 49

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
„Geeren“ Nr. 26.

Bremen, 7. Dezember 1918

Einzelnummer 20 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,
vierteljährlich 2.50 M. o. Postgebühren

Inhalt:

Von der bürgerlichen Republik zur proletarischen Revolution. Von Joh. Knief	Seite 293
Zur Ernährungsfrage	295
Kritisches zu der Berliner revolutionären Bewegung	296
Was haben wir gekämpft? Von A. Kollontai	297

Von der bürgerlichen Republik zur proletarischen Revolution

Von Joh. Knief.

Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus hat zunächst die bürgerliche Republik hervorgebracht. Es hat sich auch in diesem Prozeß die historische Wahrheit bewährt, daß die Gesellschaft in keinem noch so chaotischen Zustand der Verwirrung auch nur für Augenblicke einer den Verhältnissen entsprechenden Ordnung entbehrt. Auflösung und Aufbau, Niederbruch und Aufstieg sind stets einander durchdringende Erscheinungen. Darum sind die Redensarten von dem Untergang der menschlichen Gesellschaft durch revolutionäre Katastrophen nichts als Schwärmerei, das auf absoluter Unkenntnis historischer Tatsachen beruht und hinter dem nichts steht als die Angst um den durch die bisherige historische Entwicklung konsolidierten Besitz. Aus der allgemeinen Sprache in die Sprache der historischen Tatsachen überetzt, heißt jene Redensart: nicht die menschliche Gesellschaft, sondern die bürgerliche Gesellschaft geht unter. Und das ist allerdings der Fall.

Einstweilen ist die bürgerliche Republik in Deutschland Tatsache geworden, und diese Tatsache kennzeichnet die ganze bisherige Bewegung als eine gemeinsame Bewegung des Bürgertums und der Arbeiterklasse. Diese Republik hat als ihre spezielle Errungenschaft die Enthronung der diversen deutschen Fürsten, namentlich der Hohenzollern, zu verzeichnen. Sie sucht diese ihre Errungenschaft zu festigen auf der Basis der Demokratie, des Proportionalwahlrechts, das auch das Frauenwahlrecht einbeziehen soll. Sie will die Gegenwartsforderungen des Erfurter Programms verwirklichen. Sie will als bürgerliche Republik eine sozialdemokratische Republik sein. Hat die Sozialdemokratie viereinhalb Jahre hindurch Kriegspolitik getrieben, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft sichern zu helfen, so ist auch nicht einzusehen, weshalb die Verwirklichung der sozialdemokratischen Forderungen nicht auch die bürgerliche Gesellschaft vor dem Untergang retten soll. Und tatsächlich

bedeutet die bürgerlich-sozialdemokratische Republik nichts anderes als den letzten Versuch, die bürgerliche Gesellschaft, die Gesellschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln in zwölfter Stunde noch zu erhalten. Daher die oktroyierte Reichsregierung Ebert-Haase, daher das Weiterbestehen des alten auswärtigen Amtes, daher die Wiedereinsetzung der alten Ressortminister, daher die Beibehaltung des Kriegsministeriums und des Reichsmarineamtes, daher schließlich das Amtieren der alten Polizei- und Justizgewalten. Es ist der ganze alte Regierungsapparat, der wieder in Betrieb gesetzt worden ist. Und eben dadurch kennzeichnet sich diese Bewegung als eine bürgerlich-sozialdemokratische, daß sie lediglich eine politische, aber keine sozialrevolutionäre Bewegung war. Sie übernahm die alten staatlichen Institutionen, um mit ihrer Hilfe einige soziale Reformen durchzuführen. Niemals aber kann mit Hilfe des staatlichen Machtapparates, der auf dem Boden des Kapitalismus erwachsen ist, die Umwälzung des Kapitalismus in den Sozialismus eingeleitet, geschweige durchgeführt werden. Im Gegenteil: dieser Apparat kann und wird immer nur die bürgerliche Gesellschaft, deren ureigenstes Produkt er ist, aufrechterhalten, und jeder, auch jeder Sozialrevolutionär, der sich in diesen Apparat hineinbegeben würde, um ihn in Betrieb zu halten, müßte verbürgerlichen.

Nun hat die Revolution zwei Erscheinungen hervorgebracht, die von vornherein über den Rahmen einer rein bürgerlichen Bewegung hinauswiesen. Einmal die Tatsache des aktiven Auftretens der Massen, und zum andern die Arbeiter- und Soldatenräte. Vor dem Ansturm der Massen zerstoßen in Ru alle alten Staatsgewalten; die Polizei, ob zu Fuß oder zu Pferde, verjagte. Das Militär war nicht nur zur Gegenwehr nicht zu gebrauchen, sondern war der Hauptträger der ganzen Bewegung selbst. Zum erstenmale hat sich die Macht der Massen offenbart; zum erstenmale hat die Großbourgeoisie vor dieser Macht kapituliert. Die Millionen, auf deren Unterdrückung die Herrschaft des Großkapitals beruht, haben sich zum erstenmale aufgerafft, um die Herrschaft des Militarismus von sich abzuschütteln. Die Tatsache einer allgemeinen Massentaktion, die zum Zusammenbruch des deutschen Militarismus führte, hat über das Zustandekommen einer bürgerlich-sozialdemokratischen Republik den Weg zur proletarischen Revolution gewiesen. Es kommt jetzt nur darauf an, die allgemeine Volksbewegung gegen den Krieg zu einer speziellen Klassenbewegung des Proletariats für den Sozialismus auszuwachsen zu lassen.

Aus der Massenbewegung sind die Räte hervorgegangen. Verworren, wie die Bewegung war, sind auch die von ihr improvisierten Räte. Kamentlich sind die Soldatenräte, die auf den Trümmern des alten Volksheeres entstanden, der getreue Ausdruck dieses Volks in Waffen. Sie bestehen aus Zugehörigen der Bourgeoisie und aus Zugehörigen der Arbeiterklasse, und die Vertreter der Arbeiterklasse gehören wieder allen drei Richtungen, den Regierungssozialisten, den Unabhängigen und den Kommunisten an. Da nun aber Bürgerliche, Regierungssozialisten und ein großer Teil der Unabhängigen auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehen, so sind sie geschlossen gegen die Kommunisten, geschlossen gegen die proletarische Revolution, geschlossen gegen den Sozialismus. Die Soldatenräte sind, wie das alte Volksheer, im Kern ihres Wesens gegenrevolutionär.

Und die Arbeiterräte? Sie haben zwar ausgesprochen bürgerliche Elemente nicht in ihren Reihen. Dafür aber bilden die Regierungssozialisten und der größte Teil der Unabhängigen in ihnen einen Block gegen die Kommunisten. So sind auch sie in ihrer jetzigen, durch die allgemeine Volksbewegung hervorgerufenen Zusammensetzung gegenrevolutionär.

Nun besteht aber ein grundlegender Unterschied zwischen dem Verhältnis der Arbeitermassen zum Soldatenrat und ihrem Verhältnis zum Arbeiterrat. Auf die Zusammensetzung des Soldatenrats hat die industrielle Arbeiterschaft, der eigentliche Träger der proletarischen Revolution, keinen direkten Einfluß. Der Arbeiterrat hat es zudem in der Hand, die Demobilisation so vorzunehmen, daß alle revolutionären Elemente schnellstens ausgehoben, gegenrevolutionäre Elemente dagegen zurückgehalten werden, auf die der Soldatenrat sich in jeder konterrevolutionären Aktion stützen kann. Der Soldatenrat betreibt auf diese Weise die Entwaffnung der Arbeiterklasse und die ausschließliche Bewaffnung der Bourgeoisie. Er kann es, ohne zur Bildung besonderer Bürgermehrer schreiten zu müssen. Die Aufklärung über das konterrevolutionäre Wesen des Soldatenrats und der hinter ihm stehenden Splinter des Volksheeres ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten. Denn erst aus dieser Klarheit folgen die positiven Maßnahmen, die sie zur Bewaffnung der Arbeiterklasse unter Entwaffnung der Bourgeoisie zu ergreifen haben.

Auf die Zusammensetzung der Arbeiterräte hat die revolutionäre Arbeiterschaft einen ganz direkten Einfluß. Sie muß den Arbeiterrat immer wieder vor ganz bestimmte, positive Forderungen stellen, die Entscheidungen des Rats immer wieder in der Gegenwart der Arbeitermassen selbst herbeiführen, den Rat immer wieder zum öffentlichen Bekenntnis seiner politischen Stellung zwingen, ihn immer wieder durch Neuwahlen reorganisieren, den Wahlmodus immer wieder zugunsten des klassenbewußtesten Teiles der Arbeiterschaft verändern, um so die Diktatur der Arbeiterklasse so schnell wie möglich herbeizuführen.

Versucht die Bourgeoisie im Bunde mit den Regierungssozialisten und einem Teile der Unabhängigen die sich entwickelnde Diktatur des Proletariats unter dem Deckmantel einer demokratischen Nationalversammlung durch die Diktatur der Bourgeoisie zu ersticken, so haben die Kommunisten alles daran zu setzen, um die Natio-

nalversammlung vor ihrem Zusammentritt aufs schärfste zu bekämpfen, nach ihrem Zusammentritt aber durch die Diktatur der Arbeiterklasse zu sprengen. Die bürgerliche Republik darf nicht zur Ruhe kommen; das Bürgertum darf durch seine sozialpatriotischen Stallknechte nicht wieder in den Sattel der politischen Herrschaft gehoben werden.

Sind die Arbeitermassen wachsam, sind sie wirklich politisch reif, so werden sie nicht eher ruhen, bis sie sich Organe geschaffen haben, die ihre Interessen restlos durchführen. Sie werden sich in verhältnismäßig kurzer Zeit einen ihren Interessen entsprechenden Arbeiterrat schaffen. Aber dieser Rat wird in jeder einzelnen politischen Frage im Gegensatz zum Soldatenrat stehen. Es wird sofort zu Konflikten zwischen diesen beiden Räten kommen. Was also tun? Die Kommunisten können immer nur die Keime und Tendenzen entwickeln, die in der historischen Entwicklung gelegen sind. Wir stehen vor der Tatsache der Zerfetzung der alten imperialistischen Armee. Diese Zerfetzung haben die Kommunisten durch revolutionäre Propaganda in Wort und Schrift unter den heimkehrenden Kriegern zu fördern; sie haben alle proletarischen Elemente unter den Soldaten um ihre Fahne zu sammeln. Sie haben sie theoretisch vor die Frage zu stellen, ob sie jetzt, nachdem sie die Hohenzollern vertrieben, das Wort des letzten Hohenzollern wahr machen wollen: Ihr sollt auf Vater und Mutter schießen! Aber neben der politischen Propaganda muß der praktische Aufbau der kommunistischen Arbeitergarden einhergehen, die Bewaffnung des klassenbewußtesten Teiles des Proletariats. Und nicht nur das, die Arbeitermassen müssen immer wieder die Trümmer der Armee vor die praktische Frage stellen, ob sie gegen die revolutionären Arbeitermassen kämpfen wollen oder nicht. Sie müssen es durch Demonstrationen, durch Streiks, durch ihre eigenen Aktionen, die die bürgerliche Republik nicht nur, sondern die ganze bürgerliche Gesellschaft erschüttern. Sie müssen durch ihre Massen den Soldaten zeigen, wer der größte, der mächtigste Teil der Bevölkerung ist, und sie müssen sie vor die Entscheidung stellen, ob sie die Waffen gegen die Masse der Bevölkerung, für eine kleine kapitalmächtige Clique, jene Clique, deren Politik den Weltkrieg hervorbrachte, erheben wollen.

Aber nicht nur politische, sondern auch ökonomische Erschütterungen müssen die Arbeitermassen, ihnen voran die Kommunisten, hervorrufen. Der Kapitalismus ganz Mittel- und Westeuropas, namentlich aber Deutschlands ist längst reif für den Kommunismus. Es gilt die Widersprüche des Kapitalismus, seine inneren Krisen auf die Spitze zu treiben. Streiks, immer wieder Streiks, in denen sich die Arbeiterklasse für den nahe bevorstehenden Endkampf schult und in denen sie den Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems vollendet, in denen sie seine Unfähigkeit, die Aufgaben der Arbeiterklasse zu lösen, vor aller Welt enthüllt, und in denen sie sich die praktische Frage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel vorlegt. Diese Periode positiver und ökonomischer Erschütterungen wird das Ubergangsstadium sein von der bürgerlichen Republik zur proletarischen Revolution. Auch in dieser Periode sind die internationalen Kommunisten die Vertreter des politisch reifsten Teiles der Arbeiterklasse, die Vorkämpfer. Sie

werden die Führer sein in den ökonomischen Kämpfen der Arbeiterklasse; sie werden die politischen Forderungen, die proletarische Diktatur verkörpern und sie werden die zuverlässigsten Truppen der kommunistischen Garden bilden, deren Soldatenrat allein berufen ist, Hand in Hand mit dem revolutionären Arbeiterrat die Diktatur des Proletariats, den Endkampf um den Sozialismus durchzuführen.

Zur Ernährungsfrage.

Der Hunger ist nicht nur der schlimmste Feind des Krieges; er ist auch der schlimmste Feind der Revolution. Die Kommunisten haben daher alle Ursache, der Ernährungsfrage die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Noch während der letzten Sommermonate wurde dem deutschen Volke durch das Reichsernährungsamt mitgeteilt, daß die diesjährige Ernte in jeder Hinsicht gut sei und ausreichende Nahrungsmittel für die Weiterführung des Krieges sicherstelle. Ja, als Oesterreich zusammengebrochen war, wurde eine Unterstützung Deutschlands durch deutsches Brot in Aussicht genommen. Und schließlich wurde das Angebot der Sowjetregierung, Deutschland mit Nahrungsmitteln zu unterstützen, kurzweil abgelehnt. Nunmehr aber erfährt man, daß die Ernährung Deutschlands allerhöchstens noch drei Monate ausreiche. Bis dahin seien alle Vorräte restlos aufgebraucht und der Hunger halte seinen Einzug in Deutschland. So schroff nun die usurpatorische Regierung Ebert-Haase die Unterstützung durch die Sowjetregierung ablehnte, so willig zeigte sie sich der Unterstützung durch die Entente gegenüber. Diese eine Tatsache genügt, um den politischen, ja um den weltpolitischen Charakter der Ernährungsfrage zu erkennen. Deutschland steht augenblicklich vor der Entscheidung: entweder Anschluß an das revolutionäre Rußland, oder Anschluß an die imperialistische Union der Vereinigten Staaten. Die Ernährungsfrage bildet nur ein Glied in dieser Alternative.

Es ist kein Zweifel: wäre der deutsche Imperialismus nicht zusammengebrochen, hätte der Krieg noch ein, ja noch einige Jahre hindurch währen müssen: das Reichsernährungsamt hätte immer wieder die Sicherstellung der Ernährung verkündet und, mit welchen Mitteln es auch sein mochte, auch durchgeführt. Schließlich bleibt ja immer noch zu untersuchen, ob die Ernährung Deutschlands nicht schon während des Krieges mit Hilfe des neutralen Auslandes aus den Speisekammern des fernsten Westens erfolgt ist. Es bleibt noch zu untersuchen, inwieweit Deutschland diesen Krieg nicht selbst mit amerikanischer Hilfe geführt hat. Herr Bethmann und Herr v. Jagow wurden rechtzeitig gerufen, um die diplomatischen Akten „umzuordnen“. Das läßt tief genug blicken.

Für heute gilt es zu untersuchen, welche Konsequenzen die Regelung der Ernährungsfrage für die deutsche Arbeiterklasse hat. Die Agrarier von der „Deutschen Tageszeitung“ haben ungezählte Mal behauptet, Deutschland könne sich selbst ernähren; das habe die deutsche Landwirtschaft während des Krieges bewiesen. Wäre das wirklich der Fall, nun, so wäre nicht einzusehen, weshalb die deutsche Arbeiterklasse sich in die Abhängigkeit von der Entente begeben solle. Dann käme

es in der Tat nur darauf an, bis zur nächsten Ernte durchzuhalten, inzwischen aber schnellstens die größtmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität durch die Vergesellschaftung des Grund und Bodens vorzubereiten — und die deutsche Arbeiterklasse wäre in der Folgezeit vor dem Hunger gesichert. Bei der außerordentlich entwickelten landwirtschaftlichen Industrie Deutschlands wäre das sicher zu erreichen. Die sofortige Kommunisierung des Grund und Bodens ist die radikale Lösung auch der Ernährungsfrage.

Die Frage ist jetzt nur: wie kann Deutschland bis zur nächsten Ernte durchhalten? Zunächst ist es nötig, alle Lebensmittelvorräte der Großbourgeoisie zu beschlagnahmen. Ungeheure Vorräte hat man schon gefunden, die auf dem Wege des Schleichhandels aufgespeichert worden sind. Dann aber hilft die Klassenlebensmittelkarte, welche die Arbeiterschaft in die erste, die mittlere Bourgeoisie in die zweite und die Großbourgeoisie in die dritte Klasse nimmt, noch über manchen Monat hinweg. Aber wenn trotz aller Selbsthilfe die Ernährung Deutschlands dennoch in Frage gestellt wird, so hat sich die Arbeiterklasse zu entscheiden, ob sie sich der Entente ausliefern oder ob sie sich in den Bruderbund mit dem revolutionären Rußland begeben wird. Gewiß: die Entente kann Lebensmittel liefern. Aber sie wird es nur um den Preis absoluter Herrschaft über das niedergeknüttelte Deutschland tun. Sie wird ihre politischen und wirtschaftlichen Forderungen entsprechend einrichten. Sie wird die deutsche Arbeiterklasse in die restlose Abhängigkeit vom Ententekapital bringen. Sie wird in erster Linie Deutschland als Operationsbasis gegen das revolutionäre Rußland ausnutzen. Sie wird die deutsche Landwirtschaft einschnüren und die deutsche Industrie lahmlegen. Hat sie die Konkurrenz der deutschen Industrie und Landwirtschaft schon vordem gesücht, so wird sie jetzt jede Gelegenheit ausnutzen, um diese beiden Machtfaktoren der deutschen Großbourgeoisie nach allen Regeln milliarditärer Ausbeutungskunst zu knebeln. Sie wird die deutsche industrielle und agrarische Produktion nach ihren eigenen Interessen einschränken; sie wird der deutschen Produktion die Zollpolitik als Daumenschraube aufsetzen, sie wird die deutsche Industrie und Landwirtschaft und damit die deutsche Arbeiterklasse von einer Krise in die andere stürzen. Freilich hat die Entente ein Interesse daran, geordnete, d. h. kapitalistische Verhältnisse in Deutschland zu sichern; allein ein noch größeres Interesse hat sie daran, daß die deutsche Industrie und Landwirtschaft nicht wieder zu einem bedrohlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt heranwächst.

Nicht die Niederknüttelung des deutschen Militarismus war das Ziel der Entente, sondern lediglich die Niederknüttelung dieses militärischen Systems als festestes Bollwerk für die Weltstellung des deutschen Großkapitals. Der Militarismus ist zusammengebrochen, nicht aber die Produktionskraft der deutschen Arbeiterklasse. Sie zu brechen, muß die unmittelbare nächste Aufgabe der Entente sein. Das kann nur geschehen durch die völlige Abhängigkeit der deutschen Arbeiterklasse vom Ententekapital. Die Produktionskraft der deutschen Arbeiterklasse einerseits, die ökonomische Reife des deutschen Kapitalismus andererseits drängen aber mit äußerster Gewalt

zur Verwirklichung des Sozialismus. Wird diese Entwicklung durch das Eingreifen des Entente-kapitals hinausgeschoben, so wird dadurch das Eingreifen des Entente-kapitals hinausgeschoben, so wird dadurch eine wirtschaftliche Katastrophe nach der anderen über die deutsche Arbeiterklasse hereinbrechen. Einschränkung der Produktion, Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, zermalmende Konkurrenz der amerikanischen Industrie und Landwirtschaft, zerrüttende Zollpolitik, erdrückende Steuer- und Schuldenlast — das wird der Lohn sein, um den die Entente der deutschen Arbeiterklasse ihr Brot darbietet.

Und auf der anderen Seite? Im Anschluß an Rußland? Rußland ist vorwiegend Agrarland. Seine Industrie ist der Landwirtschaft gegenüber nur schwach. Ungeheuerere Strecken fruchtbarsten Landes harren der Bestellung. Rußland mit seiner ganzen Industrie ist nicht imstande, der Landwirtschaft die nötigen Kräfte an Ingenieurs, Technikern zu liefern, die nötige Menge landwirtschaftlicher Maschinen herzustellen, die die Produktivität des Grund und Bodens auf die Höhe bringen, welche der jetzigen Sozialisierung entspricht. Deutschland besitzt alle diese Kräfte. Und die Sowjetregierung schreit nach ihnen. Eine ungeahnte Steigerung der deutschen industriellen Produktion, eine eben solche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Rußland — ein Industrie- und Ernährungskomplex von ungeahnter Größe und Mächtigkeit, die schnellste Durchführung des Kommunismus in Deutschland, die Sicherstellung der europäischen Revolution: das ist das Ergebnis des Anschlusses an die Sowjetrepublik auch in der Ernährungsfrage. Nur um den Preis der Befreiung der deutschen Arbeiterklasse kann das Sowjetrußland dem deutschen Proletariat sein Brot anbieten; die Sozialpatrioten im Bunde mit den des alten Imperialismus stoßen die russische Hilfe brutal zurück. Sie verraten in jeder Stunde die Arbeiterklasse. Haben sie sie im Kriege an den deutschen Imperialismus verkauft, so wollen sie sie im Frieden an den Imperialismus der Entente verkaufen. Verräter sind sie, und Verräter werden sie bleiben, bis der Hammer Schlag der proletarischen Revolution sie zermalmt. Wer vom Brot der Entente ist, stirbt daran, das Brot des revolutionären Rußland aber ist das Brot des Lebens. Die deutsche Arbeiterklasse muß sich entscheiden, ob sie sterben oder leben will.

Kritisches zu der Berliner revolutionären Bewegung.

In der Berliner „Roten Fahne“ des Spartakusbundes vom 22. November finden wir folgende Notiz:

Die Aufgaben der Revolution.

Mit dieser Tagesordnung beschäftigten sich gestern drei große Versammlungen, in denen die Genossen Paul Levi, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg unter dem stürmischen Beifall der Massen sprachen.

Nach lebhafter Diskussion wurde nachstehende Entschließung angenommen:

„Die Versammlung betrachtet als Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse die Revolution über ihre bisherigen kümmerlichen Ergebnisse vorwärts

zu treiben und alle gegenrevolutionären Machenschaften, die ihr auf Schritt und Tritt entgegen-treten, rücksichtslos zu bekämpfen.

Die geschichtliche Aufgabe der Revolution ist die Ausrottung der kapitalistischen Klassenherrschaft und die Verwirklichung des sozialistischen Endzieles. Diese Aufgabe ist nur zu erfüllen, wenn die gesamte politische Macht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte liegt.

Die Einberufung der Nationalversammlung ist lediglich ein Mittel, von diesem Ziele abzulenken, die Macht der Arbeiterklasse zu schwächen und ihr Klassenbewußtsein zu verwirren. Nicht durch parlamentarischen Geschwätz mit der Bourgeoisie, sondern allein durch Machtkämpfe gegen die Bourgeoisie kann die Befreiung der Arbeiterklasse errungen werden.“

Wir finden, daß in dieser Resolution zwar einiges Richtige gesagt ist, daß jedoch das für diese Minute Entscheidende fehlt. Mit dem Vorbehalt, auf diese Fragen noch ausführlicher einzugehen, möchten wir einstweilen das Folgende hierzu bemerken: auch wir betrachten es als Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse, die Revolution vorwärts zu treiben — wenn eine Revolution vorhanden ist. Einstweilen vermögen wir eine solche noch nicht zu erkennen. Die bisherigen Ereignisse in Deutschland haben diesen Charakter noch keineswegs getragen — vielmehr waren sie in jedem einzelnen Minuten klar als allgemeine Volksbewegung, als vorübergehend gemeinsame Bewegung der verschiedensten und gegensätzlichsten Klassen erkennbar. Nur zweierlei Faktoren in der Bewegung können wir als revolutionär anerkennen: die Tatsache, daß die Massen sich auf die Straßen begeben haben, und die Organisation der Räte als solche — soweit man von ihrem augenblicklichen Charakter, oder einstweiligen Zusammensetzung absehen kann, die sie im ganzen Reiche zu einer konterrevolutionären Institution stempelt. Und eine solche müssen sie bleiben, bis zur Erfüllung unserer Forderung: die gänzliche Ausstoßung aller nicht rein proletarischer Elemente, vor allem also die Sozialpatrioten.

Wir fordern weiter, daß die Aufgabe der revolutionären Arbeiterklasse „die Revolution vorwärts zu treiben“, hier viel zu allgemein formuliert ist. Solche allgemeinen Formeln sind von den Ereignissen überholt. Jetzt gilt es in jedem Augenblick im einzelnen die revolutionären Forderungen der Stunde zu entwickeln.

Schließlich müssen wir uns gegen die Auffassung wenden, es sei die Einberufung der Nationalversammlung lediglich ein Mittel von dem Ziele der Eroberung der politischen Macht abzulenken, die Macht der Arbeiterklasse zu schwächen und ihr Klassenbewußtsein zu verwirren. Wir sehen auch in diesen Worten eine zu allgemeine, zu ferne Orientierung. — Selbstverständlich — jede politische Tat der Bourgeoisie, die sich einmal schon im Verteidigungszustand befindet, läuft auf die oben angegebenen Ziele hinaus:

Verhinderung der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Schwächung der Macht der Arbeiterklasse.

Verwirrung ihres Klassenbewußtseins.

Von welcher politischen Tat der Bourgeoisie könnte man dies alles wohl nicht mit Recht sagen? — Aber wir glauben doch, daß es sich hier nicht nur lediglich um diese Ziele handelt.

Wir glauben sagen zu müssen, daß die Einberufung der Nationalversammlung den Versuch bedeutet, noch einmal unter demokratischer Form die Diktatur der Bourgeoisie zu errichten. Und das bedeutet einen Angriff — nicht nur eine Verteidigung gegen den Ansturm des Proletariats. Und wir glauben, daß sich hier eine Analyse des Begriffes „Demokratie“ als notwendig erweist, den wir hier so bald als nur möglich und ganz gründlich zu geben gedenken.

Wir halten es auch für gefährlich, von „gegenrevolutionären Machenschaften“ ganz im allgemeinen zu sprechen. In dieser Form sprechen auch Ebert und Haase, und vielleicht sogar auch Hindenburg von ihnen. Unsere Aufgabe ist es, Ursprung und Wesen solcher Machenschaften zu kennzeichnen, in ganz klarer Weise auf diejenigen Elemente hinzuweisen, die unserer Meinung nach die gefährlichsten in einer konterrevolutionären Bewegung sind.

So ist es in jedem einzelnen Punkt, die zu allgemeine Formulierung der Gedanken, der Mangel an Entgegenstellung positiver Forderungen an dieser Resolution aufgefallen, aus welchen Gründen wir sie jederzeit abweisen müßten.

Im übrigen beginnen sie den Umstand herzlich, daß man auch in Berlin beginnt, nach größeren Versammlungen zu Demonstrationen und Aktionen zusammen-zu bleiben, und daß es den Berliner Genossen auf diese Weise auch gelungen ist, jetzt wieder politische Gefangene zu befreien. Wir versichern ihnen, daß die bremische Arbeiterschaft jede einzige Verhaftung aus ihren Reihen mit ganz den gleichen Aktionen wie die Berliner Genossen unmittelbar erwidern würden.

Wozu haben wir gekämpft?

Aus der Broschüre unserer russischen Genossin A. Kollontai: „Wem nützt der Krieg?“

Fragt einen beliebigen Soldaten, einen Russen, einen Deutschen, wofür sie kämpften, wozu sie das Blut ihrer Brüder vergossen haben, das Blut der Bauern und Arbeiter des benachbarten Landes? Sie können nichts sagen, keine Antwort geben, weil sie es selbst nicht wissen.

Nicht wegen der Serben gingen die Russen, nicht weil die Deutschen Rußland überfallen hatten. Sie sprachen unter sich vom Lande. Die russischen Bauern-Soldaten dachten anfangs: Gehen wir, uns Land von den Deutschen zu holen.

Bald freilich begriffen sie: um Land handelt es sich nicht. Aber worum denn sonst? Wenige verstanden, überlegten es. Nicht die Russen allein gingen blind in den Kampf ohne zu wissen, warum sie eigentlich Menschen erschießen, erstechen, verstümmeln sollten. Den eigentlichen Grund des Krieges wußten auch die deutschen, französischen und englischen Soldaten nicht. Fragt einen beliebigen. Jeder wird einen anderen Grund des Krieges angeben.

Dem deutschen Volk sagte man: „Rußland hat uns überfallen. Die russischen Kosaken werden nach Berlin kommen. Wir müssen unser Vaterland verteidigen. Und zugleich werden wir Rußland von der Knechtschaft der Beamten befreien, von der Willkür und Gefeklosigkeit der Zarenbedienten. Gehen wir für die „Freiheit“ des russischen Volkes sterben! Das russische Volk ist noch schwach, es wird allein mit seinen „inneren Feinden“ nicht fertig, mit seinen verkäuflichen Ministern, mit seinen gierigen abligen Unterdrückern. Helfen wir ihm. Deffnen wir dem russischen Volk den Weg zur Volksherrschaft, zu Recht und Freiheit.“

Solch liebliche Lieder sangen der Kaiser mit seinem Stabe, die deutschen Agrarier und Fabrikanten dem deutschen Volke . . . Das Volk durchschaute sie nicht, es vertraute ihnen. In Millionen von Exemplaren verbreiteten die bürgerlichen Zeitungen die Lüge vom Krieg, die Regierungen führten die Militärsensur ein und ließen nicht zu, daß ein Körnchen Wahrheit gedruckt wurde, die besten Freunde der Arbeiterklassen sperren sie in die Gefängnisse ein. Sie betrogen das Volk, sie betrogen die russischen Soldaten, als sie ihnen die Ueberzeugung beibrachten, daß sie für Grund und Boden nach Galizien gehen.

In Frankreich hat die Regierung, Generale, Minister, Bankiers und Fabrikherren eine andere Kriegsur-sache für das Volk gefunden. „Die Zeit ist gekommen, dem Deutschen wiederum das im Jahre 1870 eroberte Elsaß-Lothringen abzunehmen! Bürger der glorreichen französischen Republik! . . . Ihr lebt in einem freien Lande, ihr besitzt alle politischen Rechte . . . aber neben euch im benachbarten Deutschland stöhnt das Volk unter dem Joch des Kaisers! . . . Ketten wir das deutsche Volk! Ziehen wir in den Kampf, den Kaiser aus Deutschland zu verjagen und errichten wir eine deutsche Republik!“ So hat sich das edle Frankreich entschlossen, das deutsche Volk zu befreien und mit dem Kaiser ein Ende zu machen. Es ist eine gute Sache! Hat denn ein Volk einen Kaiser und Zar nötig? Doch bei genauem Zusehen ist die Sache etwas befremdlich. Die Völker lebten in Frieden miteinander, der Kaiser war mit dem Zaren befreundet, gegenseitig machten sie sich Besuche. Gemeinsam gründeten die Kapitalisten der verschiedenen Länder Fabriken und Handelsgesellschaften, gemeinsam plünderten sie die Kolonien Asiens und Afrikas aus, verdienten an Kanonen und Dreadnoughts. Aber auf einmal zeigen die Regierungen und Kapitalisten der verschiedenen Länder den einen Wettstreit: Auf, befreien wir das Nachbarland! Führen wir beim Nachbar Recht und Gerechtigkeit, Gleichheit und Wohlfahrt ein!

Und es gingen die Deutschen, Rußland von der zarischen Gewalt Herrschaft zu erretten, es gingen die Franzosen, die Deutschen aus der Gewalt des Kaisers zu befreien. . . .

Bei genauem Zuschauen erweist es sich aber, daß die Kapitalisten, die von der Befreiung des Nachbarn schreien, auf die ungenierteste Weise sich am Kriege bereichern, bei den Heereslieferungen auf einen Rubel zwei verdienen; und diese Heereslieferungen gehen in die Hunderte und Tausende von Millionen. Aber Hunderte, Tausende, Millionen derselben Menschen, für deren Wohl die „Großmächte“ auf einmal zu sorgen begannen, be-

deckten als Leichen den Boden eigenen und fremden Landes. Ist die Befreiung des fremden Volkes die Ursache des Krieges? Wer glaubt noch diesen Liedern?

Noch ein Beispiel! Die Engländer wollten nur deswegen in den Kampf eingetreten sein, um Belgien zu schützen und die deutsche Kriegerkaste, den Militarismus zu zerstören. So hörte man's. Aber wie geht die „Regierung Seiner Majestät“ vor? Vor allem nimmt England, wo es kann, den Deutschen alle Kolonien, alles Land ab. Natürlich fragt man die Bevölkerung nicht „unter welcher Herrschaft willst du bleiben, unter der deutschen oder der unsern?“ Lassen wir vorläufig Belgien, reißen wir Länder und Völker an uns. Warum soll denn der Deutsche sie besitzen?

Und so ist es auch mit dem Kampf gegen den Militarismus. Sie ereifern sich gegen den „deutschen Militarismus“, schimpfen auf die Preußen, geraten in Erregung: die Deutschen ertöten in ihren Bürgern jede freie Empfindung, sie verwandeln die Menschen in eine gefügige, gut dressierte Herde.

Die Kritik ist scharf. Viel ist richtig und zutreffend. Aber man redet so, und handelt anders. Der Sache nach sucht dieselbe englische Regierung, die auf die „Preußen“ schimpft, von ihnen zu lernen und die „deutsche Disziplin“ bei sich einzuführen. Seit Beginn des Krieges kämpft in England das Volk gegen die Regierung: die englische Regierung entschloß sich bei sich selbst dieselbe Militärherrschaft einzuführen, um daretwillen man gegen Deutschland in den Krieg zog, die allgemeine Wehrpflicht an Stelle der freiwillig besoldeten Truppen, die bis dahin in England existierten.

Nach langem Widerstande der Arbeiter gelang es den englischen Geldmächtigen die Zwangsrekrutierung durchzusetzen. Aber auch damit kam der Kampf der englischen Arbeiter gegen den Krieg nicht zum Stillstande. Mehr als 5000 Sozialisten Englands schmachten in den Gefängnissen, weil sie sich weigerten an dem widerlichen Weltmorden teilzunehmen.

Die Unwahrhaftigkeit liegt offen zu Tage: ein fremdes Land will die englische Regierung von dem Uebel der „Militärherrschaft“ befreien und zwingt dem eigenen Volke dasselbe Uebel auf! Und nicht genug damit: der englischen Regierung gefiel das Vorbild Deutschlands so, daß sie beschloß das Militärsystem auch in den Fabriken einzuführen, die Arbeiter zu mobilisieren, sie den Militärbehörden zu unterwerfen, ihnen das Recht auf Streik und Schutz ihrer Interessen zu nehmen, sie an den Staat zu fesseln. . . . Und diese wirkliche „Militärknechtschaft“ wurde nicht nur in England eingeführt, sondern auch in allen anderen kriegführenden Ländern, in Frankreich, Deutschland. So arbeiteten die Völker für kümmerliche Groschen, unter Entbehrungen und Unterdrückungen, und wer nicht parierte — ging an die Front unter die Kugel der Feinde.

Hartnäckig und kühn kämpfen die englischen Arbeiter gegen dieses neue Unrecht, gegen diesen neuen Vorstoß der Kapitalisten gegen die Arbeiter, kämpfen gegen die neue Knechtschaft, verteidigen ihre Rechte. Aber auch die englische Regierung gibt nicht nach. Das Beispiel Deutschlands gefällt, an der „preußischen Militärherrschaft“ hat man Geschmack bekommen!

Zieht man den Schluß, so zeigt sich: dieselbe Ursache, dasselbe „Uebel“, um dessen Willen man gegen den Nachbarstaat in den Kampf zog, das „Uebel“ führt man bei sich ein, und befestigt es.

Die Deutschen gingen das russische Volk zu befreien, und führten bei sich während des Krieges die reinste zaristische Willkür ein. . . . Die Franzosen zogen das Schwert für die „Freiheit“ der Deutschen, und haben dafür soviel an Freiheit verloren, wie Frankreich es sich nicht hätte träumen lassen.

Es lohnt sich schon, aufmerksamer umzuschauen, denn es ist klar, nicht die Gründe, die sie das Volk glauben machen wollten, brachten die Mächte zum Krieg untereinander, nicht deswegen zogen sie in den Kampf gegen den Nachbarn, der Krieg hat andere Ursachen, andere Ziele und Grundlagen.

(Fortsetzung folgt.)

Golgotha

Wo ein Großer immer unter Menschen
Einer neuen Wahrheit Fackel trug,
Die gleich gierig wilden Feuerbränden
Iäh in liebe alte Formen schlug,
Sprach die herrschende Gewalt:
„Kreuzigt ihn!“ Und stellt ihn kalt.

Wenn dem Volke kühn ein neuer Geist
Aus dem Trott der Welten Wege weist,
Rauh am Moos des Alters schüttelt
Und zu frohem Streit sich büttelt,
Ist der Ordnunggeist schon da:
„Alles bleibt so, wie es war!“

Mögt ihr wohl mit Fesseln und Gesetzen
Zeitig hemmen noch den Gang der Welt,
Könnt von Ort zu Ort die Wahrheit hegen,
Aber endlich bleibt ihr doch das Feld!
Einmal wird nach Tod und Nacht
Nimmer sie ans Kreuz gebracht!

Berichtigung. Am Schluß des Artikels „Internationale Kommunisten und Unabhängige“, in der vorigen Nummer, muß der letzte Satz lauten: „Kapitalismus und Imperialismus haben international ökonomische, soziale und politische Verhältnisse geschaffen, die den politischen Massenkampf des internationalen Proletariats um den Sozialismus heute und jede Stunde zur Tagesordnung der Weltgeschichte stellen.“

Im übrigen sei bemerkt, daß diese grundsätzliche Darlegung des Gegensatzes zwischen Unabhängigen und Kommunisten vom Genossen Knieß zu Beginn dieses Jahres während seiner Bernehmungen in der Schutzhaft zu Protokoll der Kgl. Kommandantur in Berlin gegeben wurde. Daraus erklärt sich die besondere Form des Artikels.

Redaktion der „Arbeiterpolitik.“

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

3. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 50

Erscheint wöchentlich einmal
Redaktion u. Expedition:
Göeren Nr. 26.

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam
Bremen, 14. Dezember 1918

Einzelnummer 20 Bfg. Durch
die Post bez.: monatlich 84 Bfg.,
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Der Sozialismus der sozialistischen Regierung. Von Anton Pannekoek	Seite 299
Das Militärprogramm der proletarischen Revolution. Von N. Lenin	„ 300
Bolschewismus und Demokratie. Von Anton Pannekoek	„ 303

Der Sozialismus der sozialistischen Regierung.

Von Anton Pannekoek.

Auf der Konferenz der Bundesstaatenvertreter meinte der Stuttgarter Reformist Heymann, die A- und S.-Räte hätten ihre Arbeit getan, das alte System gestürzt, und nun könnten sie gehen; die Revolution ist vollendet, wir haben eine sozialistische Regierung und ein neues Deutschland kann aufwachen. Also wäre nach seiner Ansicht die Revolution fertig und vollendet. Sehen wir, was die Revolution geleistet hat.

Sie hat allerhand alten feudalen Unrat beseitigt und damit Deutschland zu einem modernen bürgerlichen Staat gemacht. Keiner wird behaupten, Deutschland sei ein sozialistisches Land. Es sind Kräfte vorhanden, die zum Sozialismus hinführen können, aber vorläufig ist die Republik noch eine bürgerliche Republik. Die Arbeiter und Soldaten haben den Kaiser und einige Generäle gestürzt, die sie als die Schuldigen am Kriegselend betrachteten. Aber sie haben zugelassen, daß an deren Stelle die Mitschuldigen, die durch ihre Zustimmung und Unterstützung das Kriegselend möglich machten, die Ebert und Scheidemann jetzt regieren.

Es sind einige neue Leute an die Spitze getreten. Glaubt man, daß damit etwas Wesentliches geschehen ist? Nehmen wir an, die Leute an der Spitze wären nicht, die sie sind, sondern revolutionäre Männer des Volkes, die mit aller Kraft den Sozialismus verwirklichen wollen. Glaubt einer, daß damit die Sache gesichert wäre? Sie brauchen nur durch irgend einen Umschlag der Machtverhältnisse durch andere ersetzt zu werden, und der ganze Sozialismus ist wieder verschwunden. Nicht, daß neue Leute da sind, die sich Sozialisten nennen, bestimmt das Wesen der neuen Republik, sondern was sie tun, um die Revolution zu festigen und vorwärts zu treiben. Was haben sie getan?

Sie fingen damit an, die ganze alte Bürokratie intact zu lassen. All diese Herren, die die Arbeiter jahrzehntelang schuhriegelten und quälten, sie sind nicht mit

Schimpf davongejagt, sondern fast alle im Amte belassen. Der ganze Unterdrückungsapparat besteht noch unverändert; der Druck der schweren Hand hat bloß, den Umständen Rechnung tragend, etwas nachgelassen. Die Herren haben sich alle — wie hübsch! — der neuen Ordnung zur Verfügung gestellt, und vorläufig gebärden sie sich alle demokratisch und tragen rote Abzeichen. Aber das beweist bloß, daß sie davon überzeugt sind, daß nachher ihre Zeit wiederkommt, und daß diese Regierung es nicht so übel meint. Wenn die Soldaten einmal nach Hause sind, die Arbeiter wieder in der Alltagsarbeit beschäftigt, wenn die geistige Atmosphäre der Revolution verraucht ist und die bürgerlichen Einflüsse wieder gewirkt haben, dann kommt die alte Zeit zurück mit ihren alten Behörden.

Eine revolutionäre Regierung hat zwei Dinge zu tun. Erstens die Macht des Gegners, die im ersten Ansturm niedergeworfen ist, völlig zu vernichten, damit sie sich nicht wieder erheben kann. Und zweitens die Macht der revolutionären Klasse zu festigen. Die Ebert-Haase-Regierung hat genau das entgegengesetzte getan: sie hat den großen Machtapparat der Bourgeoisie, die Staatsbürokratie in Stand gelassen und sucht den Massen weiszumachen, sie schulden diesen Herren Dank für ihren Patriotismus. Sie trachteten das neue Machtinstitut des Proletariats, die Soldatenräte, zu lähmen, indem sie die Disziplinargewalt der Offiziere wiederherzustellen suchten. Wäre ihnen das gelungen, so wäre der erste Schritt zur Konterrevolution gemacht. Die Soldaten haben an vielen Orten mehr sozialistische Einsicht gezeigt als diese Führer, indem sie diese Zumutung scharf zurückwiesen.

Lassalle hat in seiner Rede über Verfassungswesen — die jetzt zu studieren außerordentlich wertvoll ist — mit ägender Schärfe die bürgerlichen Demokraten von 1848 verhöhnt, die nicht wußten, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind, daß zuerst der Feind entworfen werden muß, und daß solange papierne Verfassungen wertlos sind. Er hat offenbar die Ebert und Haase vorausgeahnt, denn dasselbe Spiel wiederholt sich jetzt. Sie lenken die Augen der Massen auf die Nationalversammlung, die eine Verfassung feststellen soll, eine papierne Verfassung. Aber sie vergessen, daß die wirkliche Verfassung in den Machtverhältnissen liegt. Daß also ihre Hauptaufgabe darin liegen müsse, die reale Macht, die Machtinstitute des Proletariats zu stärken, die der Bourgeoisie zu schwächen. Und wenn man sie gewähren läßt, wird der Schluß sein, daß Hindenburg oder ein anderer General an der Spitze einer Armee diese neue Regierung